

Argument der Woche

# Atomenergie: teuer und gefährlich

**Die Vorgänge im Atomkraftwerk Krümmel zeigen erneut die Gefahren der Atomkraft. Zwei Jahre lang ist das AKW Krümmel nach einem Brand angeblich auf Herz und Nieren geprüft worden. Aber schon beim Hochfahren in den Alltagsbetrieb passiert der nächste Störfall. Der Bundesumweltminister muss für umgehende Aufklärung und die sofortige Stilllegung des Pannenreaktors sorgen.**

Krümmel muss sofort vom Netz, auch wenn die vereinbarte Laufzeit erst 2019 endet. Auf den Betreiber Vattenfall ist kein Verlass, denn auch nach dem Brand im Jahr 2007 wurden meldepflichtige Störfälle vertuscht.

Eigentlich ist es beschlossene Sache: In Deutschland soll der Ausstieg aus der Atomenergie schrittweise bis 2022 erfolgen. Doch Union und FDP wollen eine Laufzeitverlängerung für die Reaktoren. Denn die Atomlobby legt sich mächtig ins Zeug. Sie will der Risikotechnologie zu einer strahlenden Zukunft verhelfen.

## **Längere Laufzeiten der Atomkraftwerke: Lizenz zum Gelddrucken**

Der Weiterbetrieb abgeschriebener Atom- und Kohlekraftwerke ist für die Betreiberkonzerne vor allem eins: ein großes Geschäft, eine „Lizenz zum Gelddrucken“. Anfang Juli veröffentlichte die Landesbank Baden-Württemberg eine Studie, wonach eine Laufzeitverlängerung der AKW den drei Konzernen Eon, RWE und EnBW enorme Zusatzgewinne beschern würde. Eine Verlängerung um acht Jahre, wie bisher gefordert, brächte nach konservativer Schätzung mindestens 38 Milliarden Euro Zusatzgewinne. Konzernintern wird eine Verlängerung um 25 Jahre gefordert – die brächte satte 200 Milliarden Euro Extrageinn. Der Grund: Die Baukosten sind bezahlt und steuerlich abgeschrieben. Die Produktionskosten betragen nur 2,2 Cent pro Kilowattstunde, der Strom kann aber für 5,1 Cent weiterverkauft werden. Steigt der Strompreis, steigen auch die Zusatzgewinne.

## **Je höher der Gewinn, desto ferner die Energiewende**

Mindestens 67 Milliarden Euro haben die deutschen Steuerzahler bisher über Subventionen in die Atomenergie gesteckt. Die Betreiber machen derzeit pro Jahr und Reaktor im Schnitt 300 Millionen Euro Reingewinn.

Für den Abriss ausgedienter Atomanlagen, für die Entsorgung und langfristige Bewachung des Atomabfalls bilden die Kraftwerksbetreiber Rücklagen. Diese bisher steuerfreien Rücklagen betragen zurzeit etwa 28 Milliarden Euro. Die Energieversorger haben sich damit in die Wasserwirtschaft und in die Telekommunikation eingekauft. Für die Sanierung der maroden Endlager Asse und Morsleben wollen sie keinen Cent zahlen. Auf den Kosten soll wieder der Steuerzahler sitzen bleiben.

Die Verlängerung der Laufzeiten soll weiteres Geld in die Konzernkassen spülen. Warum sollte ein profitorientiertes Unternehmen in die solare Energiewende investieren, wenn es mit alten AKW Superprofite machen kann?

Unterm Strich verlängert das Profitstreben der Energiekonzerne die Lebenszeit einer gefährlichen Großtechnologie. Supergewinne für die Energieriesen verhindern den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Klimapolitik.

## **DIE LINKE für den Ausstieg**

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen: Eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung sind möglich. Nach einer Forsa-Umfrage war Ende April 2009 eine klare Mehrheit von 66 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger für den Atomausstieg – davon sogar 35 Prozent für einen beschleunigten Ausstieg.

DIE LINKE steht für den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der wird nur gelingen, wenn sich die Politik gegen die wirtschaftliche Macht der Energieriesen behauptet. DIE LINKE will das Energiekartell entflechten, die Energieversorgung weitgehend rekommunalisieren, die Energiekonzerne unter demokratische Kontrolle stellen und die Energiemonopole schrittweise auflösen.

## **Übrigens:**

Seit dem Brand im AKW Krümmel vor zwei Jahren ist Rainer Knauber der Kommunikationschef im Dienste des schwedischen Betreibers Vattenfall. In dieser Zeit wurden zwei weitere meldepflichtige Störfälle zu vertuschen versucht. Rainer Knauber soll bald einen neuen Job bekommen: Im „Kompetenzteam“ der saarländischen SPD ist er als Wirtschaftsminister vorgesehen...

Redaktionsschluss: 7. Juli 2009

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE - WahlQuartier**

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46  
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de